

## Pressemitteilung des CDU-Kreisverbands Rastatt:

### Alarm – ist die Energieversorgung im Landkreis gesichert?

Kreis-CDU zeigt bei Veranstaltung zu Energiesicherheit weiteren Handlungsbedarf auf

Kann ich im Winter noch heizen und wenn ja, wie viel kostet mich das? Was ist notwendig, um auf absehbare Zeit wieder verlässliche und bezahlbare Energie zu bekommen? Diese Fragen standen bei einer Diskussionsveranstaltung des CDU-Kreisverbands Rastatt in Rastatt im Mittelpunkt. Im Restaurant „Hopfenschlingel“ stellten sich mit Fabienne Körner, Geschäftsführerin der Energieagentur Mittelbaden gGmbH, Reiner Liebich, kaufmännischer Geschäftsführer der Stadtwerke Bühl, Dr. Wolfgang Zander, BET Energie, Experte für Energiewirtschaft sowie Landrat Dr. Christian Dusch, vier hochkarätige Experten der Debatte.

CDU-Kreisvorsitzende Brigitte Schäuble machte zu Beginn der Veranstaltung die Brisanz der aktuellen Lage deutlich. „Jeden Tag erreichen uns neue Hiobsbotschaften. Die Preise steigen immer weiter, gleichzeitig ist die Versorgung mit Gas im Winter nicht gesichert. Was passiert mit unseren Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, was machen Familien und Betriebe im Winter,“ äußert sich Schäuble besorgt. Schwierige Fragen also, denen sich die vier lokalen Referenten im vollbesetzten Veranstaltungssaal des Hopfenschlingels stellten. Bevor die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Energie-Experten an Einzelzischen intensiv diskutieren konnten, gaben Dusch, Körner, Liebich und Zander einen kurzen Impulsvortrag. In den jeweiligen mit Zahlen und Daten gespickten Vorträgen, kam die berufsbedingten unterschiedlichen Perspektiven der Referenten zum Tragen.

Die Versorgungssicherheit und die explodierenden Energiepreise standen im Mittelpunkt des Vortrags von Reiner Liebich, Geschäftsführer der Stadtwerke Bühl. „Rund 41 Prozent des Energiebedarfs privater Haushalte wird aus Erdgas gedeckt – damit ist Erdgas mit weitem Abstand der wichtigste Energieträger“, erklärte Liebich. Der Stadtwerke-Geschäftsführer machte deutlich, dass Deutschland bis zum Beginn des Kriegs in der Ukraine rund 55 Prozent seines Gases aus Russland bezogen hat. Dieser Anteil habe sich auf rund 30 Prozent reduziert. Anfang August waren die Gasspeicher zu etwa zwei Dritteln gefüllt. Und knapp 70 Prozent des nach Deutschland fließenden Gases stammen mittlerweile aus nicht-russischen Quellen, so Liebich: „Diese Mengen dürften unter der Annahme, dass die Verbräuche ähnlich hoch wie in den Vorjahren ausfallen, bis in den Januar 2023 reichen.“ Zu den steigenden Beschaffungskosten und den angekündigten Gasumlagen der Bundesregierung sagte Liebich: „Als kommunales Unternehmen versuchen wir, nach allen Kräften die steigenden Preise für unsere Kunden abzufedern. Trotzdem wird es zu starken Preiserhöhungen kommen. Die Beschaffungspreise haben sich in den zurückliegenden 12 Monaten verfünf- bis versiebenfacht.“ Auch für die Zukunft sieht Liebich große Aufgaben auf uns zukommen. „Die aktuelle Krise zeigt uns, dass Energie nicht nur systemrelevant ist - sie ist regelrecht fundamental. Die zweite große Herausforderung, vor der wir stehen, ist der Klimawandel - es gilt, die Energiewende voranzubringen - und vor Ort dezentrale Strukturen zu schaffen. Eine weitere Herausforderung ist den Standort Deutschland zu stabilisieren, damit wir wettbewerbsfähig bleiben“.

Dr. Wolfgang Zander beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit Energiepolitik und der Transformation. Wie Liebich betont auch er in seinem Vortrag die große Aufgabe, die uns bevorsteht: „Die Dekarbonisierung der Energieversorgung ist ein gesellschaftliches Großprojekt, das eine gewaltigen Kraftakt erfordert. Zentrale Hemmnisse und gleichzeitig Herausforderungen sind die viel zu langen Genehmigungsdauern für Erneuerbare Energieanlagen und die Umgestaltung der Wärmeversorgung bei den Bestandsgebäuden. Insbesondere private Gebäudeeigentümer brauchen Unterstützung bei der komplexen Aufgabe, die Wärmebereitstellung auf Erneuerbare Quellen umzustellen“, so Zander.

Die langwierigen Planungszeiten und komplexen bürokratischen Vorgaben sind auch Landrat Dr. Christian Dusch ein Dorn im Auge. Er betont, dass sich in den vergangenen Jahren einiges getan habe

und der Landkreis selbst aktiv sei. Immer wieder aber werde man ausgebremst. So habe beispielsweise die Ampel-Regierung im Bund jüngst die Flächen für Fotovoltaik-Anlagen auf Seen begrenzt. Die Regierung sei nicht in der Lage Prioritäten zu setzen, zu Lasten der Ausbaugeschwindigkeit und Planungssicherheit – das müsse sich zügig ändern. Dusch betont dabei, dass kürzere Planungszeiten nicht weniger Bürgerbeteiligung bedeuteten. Vielmehr müssten diese Projekte von Anfang an in einer breiten Öffentlichkeit debattiert werden. Transparente Prozesse schüfen Akzeptanz und trügen somit ebenfalls zu schnelleren Prozessen bei.

Als Leiterin der Energieagentur Mittelbaden erfährt Fabienne Körner aus erster Hand, was viele Bürgerinnen und Bürger derzeit umtreibt. Der Bedarf an Beratung ist hoch, viele haben Fragen, was Sie konkret unternehmen können. Entsprechend klar ist daher auch Körners Aussage: „Nicht Reden – sondern Handeln“, sei das Gebot: „Die anstehende Energie(preis)krise wird eine finanzielle Belastungsprobe für alle Haushalte aber auch den Gewerbebereich werden. Gemeinsam können wir alle durch entsprechendes Verhalten dazu beitragen die Krise abzumildern. Das Sparen von Strom, Heizenergie und Warmwasser sowohl im privaten als auch beruflichen Umfeld führt nicht nur zu Kostensenkungen sondern stellt auch eine länger andauernde Energieverfügbarkeit sicher!“

Brigitte Schäuble dankte den Referenten für die klaren Worte und die spannenden Perspektiven und nahm einen klaren Auftrag mit. „Als Union müssen wir in Land und Bund weiter für den Abbau von Bürokratie und die Verkürzung langer Planungszeiten eintreten. Die Ampel-Regierung muss sich endlich einigen, welchen Kurs sie in der aktuellen Lage fahren möchte und den Bürgern Sicherheit bieten!“